

Überfraktioneller Antrag von:

Grüne Liste

„Wir in Pforzheim“

Die LINKE

Bürgerentscheid zur weiteren Organisationsform des Stadtverkehrs in Pforzheim am 25. Mai 2014 (Kommunalwahl)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hager,

die o.a. Fraktion und Gruppierungen im Pforzheimer Gemeinderat stellen den

Antrag

der Gemeinderat beschließt, die Verwaltung wird beauftragt,

1. den Bürgerentscheid zur weiteren Organisationsform des Stadtverkehrs am 25. Mai 2014, dem Tag der Kommunalwahl im nächsten Jahr, durchzuführen.
2. ein gemeinsames Informationsheft an die Bürger zu verschicken, in dem Pro- und Contra-Argumente für die zukünftige Organisationsform gegenüber gestellt werden.

Begründung

Vorbehaltlich der positiven Prüfung des Bürgerbegehrens durch die Verwaltung steht demnächst in Pforzheim ein Bürgerentscheid zur weiteren Organisationsform des Stadtverkehrs in Pforzheim an. Mit weit über 12000 Unterschriften für ein Bürgerbegehren haben die Pforzheimerinnen und Pforzheimer in beeindruckender Weise gezeigt, dass sie bei diesem Thema mitreden und mitentscheiden wollen.

Auch im Masterplan–Prozess wird intensiv über die Stärkung von Bürgerbeteiligungsformen diskutiert. Konsens innerhalb von Gemeinderat und Verwaltung ist und als A-Ziel unter **Miteinander und Teilhabe** formuliert, dass „Bürgerbeteiligung nachhaltig institutionalisiert“ werden soll. Schon bei der Terminfestlegung wird sich nun zeigen, ob Gemeinderat und Verwaltung Bürgerbeteiligung ernst nehmen. Die Unterzeichner stellen den Antrag, den Bürgerentscheid parallel zur Kommunalwahl am 25. Mai 2014 durchzuführen.

Mehrere Gründe sprechen für diesen Termin:

1. Das Anliegen der Bürger wird ernst genommen und sie haben ausreichend Zeit sich zu informieren bzw. informiert zu werden. Die Verwaltung und der Gemeinderat haben die Pflicht, diesem Informationsbedürfnis der Bürgerschaft nachzukommen. Da es sich um eine komplexe Angelegenheit handelt, braucht es diese Zeit.
2. Die Beraterfirma, die den Gemeinderat und die Verwaltung bis zum Sommer 2013 über mögliche Organisationsformen informiert hat, hatte einen Zeitkorridor von 8 bis 9 Monaten, um den Gemeinderat und die Verwaltung über das Thema zu informieren. Aus unserer Sicht gilt für die interessierte Bürgerschaft zeitlich gesehen das gleiche Informationsrecht.
3. Wenn der Bürgerentscheid am gleichen Tag wie die Kommunalwahl im nächsten Jahr angesetzt wird, dann können dadurch erhebliche Kosten und Mitarbeiterressourcen gespart werden. Wie bei Wahlen gilt auch für Abstimmungen, dass nur praktikable und

bürgerfreundliche Verfahren auch repräsentative Ergebnisse bringen und für eine breite Akzeptanz der Abstimmungsergebnisse sorgen.

4 . Die zu beachtenden Fristen der Ausschreibung bei privater Vergabe oder Direktvergabe an einen kommunalen Betrieb sind nach wie vor einzuhalten, wenn eine Entscheidung am 25.05.2014 durch den Bürgerentscheid gefällt wird.

Aus unserer Sicht geht es also nicht um einen „Wunschtermin“. Wenn alle Beteiligten diese Zeit gegeben wird, das Pro und Contra öffentlich abzuwägen und die Bürgerinnen und Bürger umfassend zu informieren, hat das weitreichende Folgen. Es geht um einen fairen Umgang mit dem Thema Bürgerbeteiligung in Pforzheim.

Mit freundlichen Grüßen

Axel Baumbusch

Uta Golderer

Sibylle Schüssler

Renate Thon

Claus Spohn

Wolfgang Schulz

Christof Weisenbacher